

Wirtschaftsregierung ist Krise ohne Ende

von

Heiner Flassbeck

Hamburger Abendblatt, 22. Februar 2011

Wenn es ein Beispiel dafür gibt, dass die nationale Politik und die europäischen Institutionen gleichermaßen mit der Eurokrise total überfordert sind, dann ist es der Sprung in Richtung Wirtschaftsregierung, den die deutsche Regierung jetzt gemacht hat. Glaubte man zunächst, man könne die Eurokrise aussitzen und mit ein paar Krediten übertünchen, springt man jetzt viel zu weit und will gleich morgen fast alles europäisch vereinheitlichen. Selbst das Renteneintrittsalter, das mit der Eurokrise nichts, aber auch gar nichts zu tun hat, wird aus der Kiste geholt und ins Schaufenster gestellt. Nachdem „Wirtschaftsregierung“ über Jahre ein Tabu war, will man jetzt der Währungsunion ein Korsett anziehen, das sie überhaupt nicht braucht. Offenbar wird auch zehn Jahre nach Beginn des großen europäischen Experiments noch nicht verstanden, wie eine Währungsunion funktioniert.

Was ist die zentrale Funktionsbedingung einer Währungsunion? Nun, die Antwort ist sehr einfach: Der politische Wille, eine einheitliche Inflationsrate auf Dauer durchzusetzen. Nur solche Länder können systematisch auf die Änderung der Wechselkurse, auf einen Ausgleich der Preise für gleiche Güter - ausgedrückt in internationaler Währung - verzichten, die für alle Zeiten bereit sind, das gleiche Inflationsziel zu verfolgen.

Genau an dieser Stelle müsste man fragen, ob es den Europäern gelungen ist, die Inflationsentwicklung seit Beginn der Währungsunion zu vereinheitlichen. Wenn ja, wäre es sicher gerechtfertigt, nach anderen Feldern suchen, die sich auseinanderentwickelt haben, um herauszufinden, was so fundamental schief gelaufen ist. Wenn aber schon in der entscheidenden Frage der Inflationsentwicklung die Zusammenarbeit nicht geklappt hat, müssten sich vernünftige Menschen doch schnell darauf einigen können, den Rest erst einmal zu vergessen und sich allein und ausschließlich diesem Thema zuwenden.

Und so ist es tatsächlich. In Deutschland ist die Inflationsrate seit Beginn der Währungsunion pro Jahr sehr wenig, nämlich nur um gut 0,8 % (nimmt man als Maß den Deflator des privaten Konsums) gestiegen, in den Südeuropäischen Ländern weit stärker mit 2 ¾ %. Beides, und das ist der springende Punkt, ist ein eklatanter Verstoß gegen das von allen Ländern gemeinsam getragene Ziel einer Preissteigerungsrate von etwas unter 2 Prozent. Insgesamt wurde das Ziel zwar erreicht, und bei der europäischen Zentralbank hat man das überschwänglich gefeiert, aber es ist das Ergebnis eines unechten Durchschnitts. Wer auf der heißen Herdplatte sitzt, die Füße aber in Eiswasser hat, erreicht zwar im Durchschnitt eine gute Temperatur, gut gehen tut es ihm aber nicht. Nur Frankreich hat als einziges großes Land das Ziel wirklich eingehalten.

Dieses zehn Jahre anhaltende Auseinanderlaufen der Preise hatte dramatische Folgen. Ausgedrückt in Euro, sind heute die Preise in Deutschland verglichen mit dem Beginn der Eurozeit viel niedriger als in Spanien oder Portugal oder Italien. Aber selbst Frankreich ist erheblich teurer als Deutschland, obwohl es der zu Anfang vereinbarten Linie treu gefolgt ist. Wer aber dauernd teurer anbietet, wird zurückfallen gegenüber dem billigen Anbieter und muss sich verschulden, um die Güter des billigen Anbieters kaufen zu können. Deswegen haben die Südländer gewaltige Defizite in ihrer Außenhandelsbilanz und Deutschland hat riesige Überschüsse.

Wenn Deutschland und Frankreich jetzt gemeinsam vorschlagen, alle sollten der deutschen Linie folgen, ist das dreifach unsinnig. Erstens, die Inflationsrate insgesamt wird dann deutlich unter zwei Prozent liegen und sich gefährlich einer Situation der Deflation, also fallender Preise nähern. Das aber ist viel gefährlicher als Inflation, weil die Zentralbank eine Deflation praktisch kaum bekämpfen kann, denn sie kann die Zinsen nicht unter Null senken. Zweitens, die Anpassung der anderen Länder an die deutsche Linie beseitigt die große Lücke nicht, die sich in den vergangenen zehn Jahren aufgetan hat. Die muss aber vollständig weg, wenn man die Eurokrise ernsthaft beenden will, weil nur dann die anderen Länder eine realistische Chance haben, auf einen Wachstumspfad zurückzukehren und ihre Schulden abzubauen.

Drittens, Wenn Deutschland jetzt die anderen im Euroraum dazu drängt, ähnlich wettbewerbsfähig wie es selbst zu werden, muss das zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit im Rest der Welt gehen. Wettbewerbsfähig wird man ja nicht absolut, sondern immer im Verhältnis zu Mitbewerbern. In der Welt wollen die großen Defizitländer wie die USA aber auch lieber exportieren als importieren und die Asiaten wollen sich nichts abnehmen lassen. Deswegen wird auch im Rahmen der G 20 nichts mehr und härter diskutiert als die großen internationalen Handelsungleichgewichte. Wenn ganz Europa den deutschen Weg gehen will, muss früher oder später der Euro kräftig aufwerten und der Wettbewerbsvorteil wird wieder verschwinden.

Man sieht, manches ist einfacher, als es sich Politiker vorstellen können. Wenn in Deutschland in den nächsten zehn Jahren die Preise stärker stiegen, in den Süd-Ländern aber weniger, könnte es einen Ausgleich bei der Wettbewerbsfähigkeit geben und der Euroraum könnte zugleich sein Inflationsziel von zwei Prozent erreichen. Das geht aber nur bei steigenden Löhnen. Könnten sich in Deutschland Regierung und Tarifpartner auf eine solche Strategie einigen, wäre mit einer stetig steigenden Binnennachfrage zu rechnen, die den weniger steigenden Export ausgleichen würde. In den Defizitländern wäre es genau umgekehrt. So entstünde eine win-win-Konstellation für Europa. Wirtschaftsregierung nach deutschem Vorbild heißt Krise ohne Ende.